

Die Kritiker hoffen auf 20 Mandate

IHK-Wahlen Ein Bündnis will die Arbeit der Kammern umkremeln und mehr Transparenz schaffen. *Von Michael Heller*

Zu den Wahlen bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart sowie ihren Bezirkskammern treten auch 57 Unternehmer und Selbstständige an, die Mitglieder eines Wahlbündnisses „Gegen Zwangsmitgliedschaft und für Beitragsgerechtigkeit“ sind. Bei den Wahlen zur Vollversammlung und zu den Bezirksversammlungen werden zwar keine Listen, sondern Personen gewählt, aber die Mitglieder des Bündnisses bekennen sich zu zehn gemeinsamen Forderungen vom Austritt aus der Dachorganisation Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bis zur Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Mitglieder. Die Kandidaten verstehen sich nicht als Kammerverweigerer; vielmehr wollen sie die IHK, die sie bis jetzt für einen Jasager-Verein halten („99 Prozent Zustimmung sind da üblich“), von innen heraus reformieren.

Nur neun Prozent Wahlbeteiligung

Bislang einziges Mitglied der Initiative in der Vollversammlung ist Thomas Albrecht, Inhaber einer Esslinger Unternehmensberatung. Er ist optimistisch, nach den anstehenden Wahlen, die vom 5. bis zum 25. September stattfinden, nicht mehr alleine zu sein. 100 Mitglieder der Vollversammlung werden durch die Wahl bestimmt; weitere 20 kooptiert die Vollversammlung. Albrecht hält etwa 20 Mandate für Mitglieder des Wahlbündnisses durchaus für realistisch. Angesichts einer Wahlbeteiligung, die zuletzt bei etwa neun Prozent lag, glau-

ben er und seine Mitstreiter, durch die Mobilisierung der Wählerschaft zum Ziel kommen zu können. Um die 100 Sitze in der Vollversammlung bewerben sich 168 Kandidaten; für die 140 Sitze der Bezirksversammlungen Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und Rems-Murr gibt es 247 Bewerbungen. Die Kandidaten werden entsprechend der Wirtschaftsstruktur bestimmten Wahlgruppen zugeordnet.

IHK-Präsident Herbert Müller tritt in der Gruppe „sonstige Dienstleistungen“ an, weil er bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young als besonders bestellter Bevollmächtigter arbeitet; bis Juni 2011 war Müller Vorstandsvorsitzender. Der seit 2009 amtierende IHK-Präsident ruft die Mitgliedsbetriebe zur Teilnahme an der Wahl auf: „Mit der Wahrnehmung seines Wahlrechts hat jeder wahlberechtigte Vertreter eines IHK-Mitgliedsbetriebs die Chance, den politischen Kurs und die inhaltliche Arbeit der Kammer für die nächsten vier Jahre mitzugestalten. Die Stimmabgabe ist ein basisdemokratischer Akt und fester Bestandteil unserer repräsentativen Demokratie.“ Aus der Sicht der Kritiker hat dieser Appell mit der Realität der Kammerarbeit nicht viel zu tun. Da mangelt es nach ihrer Ansicht vielfach an Transparenz.

Nach den Worten des Unternehmers Rene Engelhardt, Inhaber eines Ludwigsburger Handelsunternehmens für Blechbearbeitungsmaschinen, fängt das schon bei den Wahlen selbst an, deren Ablauf er für intransparent hält; die Wahlordnung ist

aus seiner Sicht in hohem Maße manipulationsanfällig. „Wie kann ein IHK-Mitglied selbst überprüfen, ob alle bei der IHK eingehenden Wahlumschläge nach Prüfung der Identität auch wirklich in einer Wahlurne landen?“, fragt er sich. Thomas Albrecht hat bei seiner Wahl die Erfahrung gemacht, dass es nicht einfach ist, die Wahlergebnisse zu erfahren. Erst nach einigen Anläufen wusste er, mit wie vielen Stimmen und welchem Vorsprung er auf den wievielten Platz in seiner Wahlgruppe gelandet war.

Neutral oder nicht? Das Beispiel S 21

Der Plochinger Unternehmensberater Hubert Fischer beklagt, dass gestern, also zwei Tage vor dem Start, die Wahlunterlagen noch nicht zugestellt waren. Er hat an seinen potenziellen Wähler einen Brief geschrieben, in dem er einige Forderungen des Wahlbündnisses auflistet, wie zum Beispiel Initiativen zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft und den Verzicht auf politische Lobbyarbeit. Der Status als öffentlich-rechtliche Körperschaft gebietet nach Ansicht der Kritiker Neutralität in (wirtschafts-)politischen Streitfragen. Wie sie zeigt, hat das entschiedene Eintreten der IHK Region Stuttgart für das umstrittenen Bahnprojekt Stuttgart 21 einige Unternehmer auf die Palme gebracht. So gehört auch Clemens Morlok, der einst dafür gesorgt hatte, dass die IHK ein Plakat pro S 21 widerhängen musste, zu der Initiative. Das Engagement für Großprojekte und -unternehmen ist aus Sicht des Chefs der Servicegesellschaft Justcall typisch für Kammern, die sich doch eigentlich für die weit überwiegende Mehrheit der Mitglieder – den Mittelstand – einsetzen sollten.